



Presseinformation

Nr. 180/2011

Kiel, Freitag, 25. März 2011

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Energiesparlampen

Carsten-Peter Brodersen: Eine höhere Rücknahmequote bei Energiesparlampen löst nicht das Problem der Entsorgung

In seiner Rede zu **Top 18** (Rücknahmequote für gebrauchte Energiesparlampen erhöhen) sagte der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Carsten-Peter Brodersen**:

„Energiesparlampen verbrauchen bis zu 80 Prozent weniger Strom als ihre Vorgängerin, die Glühlampe. Gegenüber den positiven Aspekten müssen aber auch Risiken betrachtet werden.“ So sei Quecksilber ein Abfallprodukt der Lampen. Aus ökologischer Sicht gehörten diese Energiesparlampen nicht in den normalen Hausmüll, sondern bedürften einer fachgerechten Entsorgung. Dass diese wichtige Entsorgungsfrage noch nicht in der Breite der Bevölkerung angekommen sei, mache deutlich, wo Politik und Wirtschaft ansetzen müssten, so Brodersen.

„Aktuell wird ein großer Teil der giftigen Abfallprodukte solcher Energiesparlampen in Bergwerken deponiert und gelagert. Denn der Gesetzgeber schreibt das Recyceln nicht vor. So übersteigen die Energiekosten der Wiedergewinnung, der einer Neugewinnung.“ Eine Einlagerung sei also die kostengünstigere Alternative zum Recyceln. Dies könne aus umweltpolitischer Sicht sicher nicht der richtige Weg sein, stellt Brodersen klar.

„Ich finde es bedauerlich, dass in dem Antrag der Grünen die schädlichen Abfallprodukte erwähnt werden und an die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins ein Appell gerichtet wird, um eine Rückgabequote zu erhöhen, ohne darauf einzugehen, was mit Rückgabeprodukten später geschieht!“ Ernstgemeinter Umweltschutz sehe anders aus, sagt Brodersen. „Wir unterstützen die Bemühungen des Bundes in diesem Zusammenhang ausdrücklich. Im vergangenen Jahr wurden Initiativen zur Optimierung des Recyclingsystems gestartet. Die Kooperationen von Einzelhandel, Herstellern und kommunalen Instanzen sind für uns der richtige Weg“, so der FDP-Abgeordnete abschließend.